

Sorge vor Konzentration von Ausländern und Armen

Der Verein Integrationshilfe Sachsen-Anhalt meldet Kritik an Plänen zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen an

Von Katja Tessnow

Magdeburg • In der Vorwoche hat der Stadtrat neue Grundsätze zur Unterbringung von Flüchtlingen (Asylbewerber, Geduldete) in Magdeburg beschlossen (Volksstimme berichtete). Der Verein Integrationshilfe Sachsen-Anhalt reagiert erfreut auf die Absicht, Ausländer verstärkt außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften unterbringen zu wollen. Im Detail stößt das Vorhaben der Stadt jedoch auf heftige Kritik und sorgenvolle Nachfragen.

„Der Ratsbeschluss stellt eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation dar, bleibt aber leider hinter den Erfolgen anderer kreisfreier Städte und Landkreise zurück“, konstatiert Vereinschef Robert Willnow und führt Dessau-



„Der Wohnungsmarkt im Niedrigpreissegment müsste den Bedarf der Leistungsempfänger als auch der Flüchtlinge abdecken. Dies halten wir momentan für schwierig.“

Robert Willnow, Vorsitzender des Vereins Integrationshilfe Sachsen-Anhalt

Roßlau als Vorbild an, wo „bereits alle Flüchtlinge sofort nach ihrer Ankunft dezentral“ (also in eigenen bzw. kommunal angemieteten Wohnungen) untergebracht würden; zumal bei einer Kostenersparnis ge-

genüber der Heimunterkunft von rund 1000 Euro pro Jahr und Person. Magdeburg will Flüchtlinge weiterhin zunächst im Heim unterbringen und die Umsiedlung in eigene Wohnungen in einem Mehrstufenmodell nach bis zu dreijährigem Heimaufenthalt nur Schritt für Schritt angehen. Willnow: „Bedenklich ist, dass die Kapazitäten bei der Gemeinschaftsunterbringung nicht abgebaut, sondern sogar aufgestockt werden sollen.“ Wegen wachsender Flüchtlingsströme und neuer Auflagen an die Heimausstattung plant die Stadt die Neueröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft Am Deichwall in Rothensee.

Mit Sorge nimmt der Verein außerdem zur Kenntnis, dass künftig Flüchtlinge und

Arbeitslose auf Wohnungen angewiesen sind, die der kommunalen Unterkunftsrichtlinie entsprechen. Übernimmt die Stadt die Mietkosten für Bedürftige, darf deren Miete nicht über 4,60 Euro/m² plus 2,60 Euro/m² Nebenkosten liegen. „Dies halten wir momentan für schwierig, da die Lage in diesem Bereich nach Auskunft diverser Vermieter angespannt ist“, schreibt Willnow. Auch sei mit einer Konzentration der Flüchtlinge (und Arbeitslosen) in bestimmten Stadtteilen zu rechnen: „Laut aktuellem Mietspiegel der Stadt Magdeburg liegen lediglich die Stadtteile Neu-Olvenstedt und Neustädter Feld unter dem Höchstsatz.“ Durchschnittlich koste ein Wohnungsquadratmeter (kalt) in Magdeburg

inzwischen 5,19 Euro/m². Vor diesem Hintergrund und nachweislich steigender Miet- und Nebenkosten hinterfragt die Integrationshilfe kritisch, warum die kommunale Unterkunftsrichtlinie dem bislang keine Rechnung trägt, sprich, im Sinne aller Betroffener nach oben angeglichen wurde.

In weiteren Detailfragen übt der Verein Kritik, wie sie im Wesentlichen auch die Grünen im Rat vorbrachten, damit jedoch in der Minderheit blieben. Die Debatte ist nicht abgeschlossen. Bis Mai hat die Stadtverwaltung nun ein Unterbringungs- und Betreuungskonzept für Ausländer auf Basis der beschlossenen Grundsätze zu erarbeiten. Vereine wie die Integrationshilfe fordern dabei Mitsprache ein.